

## Direktorinnen- und Direktorenbestellung neu!

Vom Büro der Bildungsministerin abwärts über die diversen Sektionen im Ministerium und in zahlreichen ARGes auf Landes- und Bundesebene wird zurzeit hektisch und unter großem Zeitdruck gearbeitet. Das Motto: Alles muss neu, besser, anders werden in der Bildung: neue Lehrpläne, neue Matura, Neue Mittelschule, Bildungsstandards, Modularisierung, neues Dienstrecht, neues Pensionsrecht, QIBB ... Wäre es da nicht hoch an der Zeit, eine weitere, wirklich längst überfällige Neuerung zu entwickeln? Neue Wege in der Direktorinnen- und Direktorenbestellung bzw. völlig neue Leitungsformen an den Schulen und in den Bildungsinstitutionen! Dieses Thema ist ja eher selten in den Medien vertreten, zu sehr ist Schule ein in sich geschlossener Bereich. So bekommen die parteipolitischen Interventionen bei diesen Bestellungen meist nur jene mit, die direkt oder indirekt davon betroffen sind: Kandidatinnen und Kandidaten, LehrerInnenkollegien, Schulgemeinschaftsausschüsse, Personalvertretungen.


In den letzten Wochen hat aber die Berichterstattung über die Bestellung der neuen PH-Stmk-Rektorin wieder einmal auch der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass die Leitungsfrage in den Bildungsinstitutionen primär eine Frage der Parteizugehörigkeit ist. Wen wundert es da, dass eine Kollegin, die sich für die Leitung ihrer Schule interessierte und dazu eine Anfrage stellte, wie sie denn vorgehen solle, zuallererst nach dem Parteibuch gefragt wurde. Als sie erwiderte, sie habe keines, bekam sie die lakonische Antwort: „Dann sollten Sie sich eines besorgen, aber das richtige, wenn Sie wissen, was ich meine, denn bei uns macht vor allem eine Partei die Direktoren.“

Offiziell ist die Direktorinnen- und Direktorenbestellung an objektive Kriterien gebunden. Inoffiziell, das wissen wir alle, regieren jedoch nach wie vor das Parteibuch und der Proporz: Ohne Parteizugehörigkeit keine Leitungsfunktion – Schluss, aus, basta! Politische Zugehörigkeit vor Kompetenz und dem Willen, eine Lei-

tungsfunktion bestmöglich auszufüllen. Fairerweise muss hier angemerkt werden, dass viele Direktorinnen und Direktoren trotz dieser Umstände sehr gute Arbeit leisten.

**Was wir für die Schulen brauchen**, ist gute, zukunftsorientierte Bildungspolitik auf höchster Ebene, die vorausschauend und ressourcenintensiv einen der wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche, die Bildung, gestaltet und damit für unsere Kinder und Jugendlichen die bestmögliche Unterrichts- und Betreuungsqualität sicherstellt.

**Was wir nicht brauchen**, sind Parteipolitik und parteipolitische Spielchen in den Schulen. Sie behindern die Entwicklung einer offenen, demokratischen Schule auf der Basis von Toleranz, Mitbestimmung und Transparenz. Qualitäten, die die meisten Schulen in ihren Leitbildern festgeschrieben haben. Direktorinnen- und Direktorenbestellungen, wie sie derzeit abgewickelt werden, sind unzeitgemäß und bringen Frust auf allen Ebenen: bei den Bewerberinnen und Bewerbern, den Kollegien, den SGAs, den PVs.

**Worum geht es denn in der Schule?** Um Prestige und Image Einzelner oder die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen? Um politische Zugehörigkeiten oder den Aufbau einer demokratischen, toleranten, pluralistischen Gesellschaft mit Hilfe von Bildung? Um Macht und Parteeinfluss oder den Erwerb möglichst breiter Bildungsinhalte? Wozu brauchen Schulen Direktorinnen und Direktoren mit klarer Parteeinordnung, wo es doch nur darum geht, 



von Christine Mössler  
(HLW Graz, FA Stmk.)

▷ in den Schulen auf allen Ebenen möglichst wirksame Strukturen zu schaffen, damit Lernen gelingen kann?

Vor diesem Hintergrund muss einmal mehr die hinlänglich bekannte Haltung der Unabhängigen PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen postuliert werden: Weg mit dem Proporz an Schulen und Bildungsinstitutionen, stattdessen her mit einem klaren Bekenntnis zu einer demokratischen Schule, in welcher Strukturen und ein Klima geschaffen werden, die Lernende und Lehrende gleichermaßen unterstützen!

**Schulleitung neu** sehen wir in Form von Leitungsteams auf Zeit, von den LehrerInnenkollegien gewählt, verantwortlich gegenüber der Schulgemeinschaft und den Behörden. Tätigkeitsfelder und Verantwortungen könnten besser aufgeteilt werden, die Mitglieder des Leitungsteams würden weiterhin einen Teil ihrer

Lehrverpflichtung wahrnehmen und blieben entsprechend nahe am Unterrichtsgeschehen. Die Einbeziehung möglichst vieler Personen in Entscheidungen würde Hierarchien und versteckte Hierarchien abbauen, was größere Arbeitszufriedenheit zur Folge hätte und damit zu einem besseren Schul- und Lernklima beitragen könnte.

Schule, das muss uns allen bewusst sein, ist einer der wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche, weil hier entscheidend und nachhaltig für die Zukunft gearbeitet wird, weil gut gebildete und ausgebildete Jugendliche das größte Kapital eines Landes darstellen. Wir müssen diesen Bereich Schule bestmöglich fördern, frei von kleingeistigen parteipolitischen Interessen, getragen von Weitsicht, Engagement und Kreativität.

*Christine Mössler  
(HLW Graz, Fachausschuss Steiermark)*

## Das Spar... pardon: Konsolidierungspaket – Woher kommen die Milliarden?

**Konsolidieren bedeutet ja so viel wie stark machen, und das klingt hervorragend. Sparen hat zwar auch einen guten Ruf, ist aber defensiv formuliert, manche denken dabei vielleicht an „Kaputtsparen“ oder sie befällt der Gedanke, sie könnten selbst betroffen sein. Der öffentliche Dienst ist es auf jeden Fall.**

Dieser Artikel geht der Frage nach, wie weit der öffentliche Dienst und die Schule insgesamt von den Sparmaßnahmen der Regierung betroffen sind. Die Fakten sind bekannt: Anders als in der Privatwirtschaft soll es 2013 und 2014 keine Gehaltsverhandlungen geben, denn GÖD-Vorsitzender Neugebauer und seine StellvertreterInnen haben für 2013 einer Nulllohnrunde und für 2014 einer „moderaten“ 1%-Gehaltserhöhung zugestimmt. Nicht einmal für die KollegInnen der Niedriglohngruppen und mit befristeter, schlecht bezahlter Anstellung soll es eine Abgeltung der Inflation geben. Das Murren der Betroffenen ist allerdings nicht sehr laut – der Ruf der Regierung und ihrer Vorfeldorganisationen sowie der allermeisten Medien nach einem „nationalen Schulerschluss“, um gemeinsam den Karren aus dem Dreck zu ziehen, hat wohl seinen Zweck erfüllt. Außerdem ist es gelungen, die Beamtenschaft als eine Kaste von überbezahlten Privilegienrittern darzustellen, und so hält man in Krisenzeiten lieber still, ist froh, dass es nicht noch ärger gekommen ist, und nimmt neben niedrigeren Bezügen auch gleich Verschlechterungen beim Pensionssystem in Kauf.

Betroffen sind jedoch nicht nur wir LehrerInnen in unserem Einkommen, sondern das Bildungswesen insgesamt. Dabei kann man gar nicht sagen, dass für die Schule kein Geld locker gemacht würde. Zurzeit befindet sie sich ja in einem Umgestaltungsprozess,

dessen Eckpfeiler die Neuaufstellung der Mittelstufe, ein neues Dienstrecht, Anpassung an europäische Standards und die modulare Oberstufe darstellen. All das kostet natürlich, aber da es kein Geld gibt, endet vieles in einem unglaublichen Murks:

Der zähe Widerstand der ÖVP gegen eine echte Mittelstufenreform wird von Frau BMin Schmiech durch eine Strategie der winzigen Schritte bekämpft, pädagogisch sinnvolle Konzepte (Zwei-LehrerInnen-System) bleiben durch halbherzige Umsetzung auf der Strecke.

Das neue Dienst- und Besoldungsrecht soll laut Claudia Schmiech noch heuer umgesetzt werden. Zwei Jahre lang seien zahlreiche Modelle und Berechnungen vorbereitet worden, am 6. März wurde das neue Gehaltsrecht auch vom Ministerrat als erstes anstehendes Reformprojekt bestätigt. Die Verhandlungen mit den Sozialpartnern sollten „bald und vor allem straff“ geführt werden, eine dreitägige Klausur wäre ihrer Ansicht nach dafür geeignet. Eines wolle sie nämlich nicht: monatelange „lähmende Gespräche“, man brauche die Energie, Kraft und Motivation in den Klassenzimmern, 2013 sei außerdem ein Wahljahr und deshalb nicht der geeignete Zeitpunkt für solche Entscheidungen. Mit der Gewerkschaft werde man verhandeln, obwohl es theoretisch nicht verpflichtend wäre, weil das Dienstrecht „die neu eintretenden Lehrer“ betreffe. Offenbar besteht das Neue an diesem Dienstrecht einzig und allein aus einer höheren Lehrverpflichtung für die NeuanfängerInnen und einer flacheren Gehaltskurve, deren höhere Anfangsbezüge wohl als Argument für die Mehrarbeit PR-wirksam dargestellt werden sollen.

Projekte wie die Einführung der Zentralmatura sind von einer unsäglich dilettantischen Informationspolitik begleitet. Nicht einmal die MultiplikatorInnen an den Schulen wissen vor Sitzungen, was sie erwartet, und selbst in den Parteien wird schon der Ruf nach einem Überdenken laut. Mit Sicherheit kann nur gesagt werden, dass das Bifie in den Jahren 2010 bis 2012 allein an Basisförderung 37.000 € erhalten hat, was darüber hinaus an Projekten vergeben wurde, ist unbekannt.

Die modulare Oberstufe inklusive der Schulen für Berufstätige, ein sinnvoller Ansatz, wenn dadurch das starre System vorgegebener Unterrichtsfächer zugunsten von Leistungs- und Interessenschwerpunkten aufgelöst wird, hat bisher lediglich ein Mehr an Verwaltung gebracht. Ganz nebenbei ist es zu einer Reduktion der Abgeltung gekommen, aber die StudienkoordinatorInnen – schöner Titel! – werden das schon machen. Was unsere Schule braucht, sind einfache, durchschaubare und leicht zu verwaltende Systeme; was wir bekommen, ist ein Wust an Durchführungsbestimmungen und Verwaltungsprogrammen, das reicht von UPIS-UNTIS-SAP, mit dem sich ein Heer an LehrerInnen und Verwaltungskräften herumschlägt, bis zu innerschulischen Spezialitäten wie dem elektronischen Klassenbuch, EduCard usw. Daran verdient wohl so mancher Softwarehersteller, den Schulalltag erleichtert das Ganze nicht.

Diese Beispiele zeigen, dass zwar viel Aufwand betrieben wird, in Wirklichkeit aber nichts weitergeht. Überhaupt hat die Schule schon bessere Zeiten erlebt. Das Bildungsvolksbegehren war zwar zahlenmäßig kein wahnsinniger Erfolg, viele seiner Kritikpunkte werden aber von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt und die Forderungen gutgeheißen. Und die Prügel, die Alt-LSR-Präsident Schilcher aus dem Off medienwirksam austeilt, sprechen vielen aus der Seele.

## Wieso sind Europas Staaten verschuldet?

Wo liegen denn die Ursachen für das Schlamassel der Staatshaushalte? Natürlich in der Tatsache, dass der Staat mehr Geld ausgibt, als er einnimmt. Staatseinnahmen sind in erster Linie Steuern, vor allem dann, wenn das Familiensilber bereits verscherbelt ist. Mehreinnahmen müssen allerdings nicht nur steuerseitig erfolgen, ein gewaltiges Einsparungspotential sieht der Rechnungshof in seinen 599 Vorschlägen zur Verwaltungsreform.

Während die neoliberalen Parteien, die europaweit am Ruder sind, ihre BürgerInnen glauben machen wollen, der zügellose Ausbau des Sozialstaates habe uns an den Rand des Ruins getrieben, wir alle hätten einfach über unsere Verhältnisse gelebt, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Kapitalzuwächse auf der einen und die – bestenfalls – Stagnation der Löhne auf der anderen Seite ein gegenteiliges Bild. Bereits 2010, also im dritten Jahr nach Beginn der Finanzkrise, haben die Vermögenden in Europa ihr Privatvermögen wieder um 8,2% vermehren können (Standard 1.6.2011) und Österreich hat, bezogen auf die Bevölkerung in der EU, die höchste Superreichen-Dichte (Global Wealth Report 2011, Boston Consulting Group). Im Vergleich dazu hinkt die

Lohnsteigerung mit durchschnittlich 0,5% pro Jahr seit über zehn Jahren der Wirtschaftsentwicklung mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 1,7% hinterher (Presseausendung der GRÜNEN, 9.9.2010) und vergrößert so die Einkommensschere zwischen Arm und Reich. Es ist ganz offensichtlich, dass die Krise Vermögenswerte praktisch nicht trifft, Einkommen aus Erwerbstätigkeit jedoch stark. Politische Konsequenzen – eine Regulierung der Märkte – bleiben aus. Stattdessen werden Milliardeninvestitionen der Staaten in Banken und in das neoliberale Finanzsystem getätigt, jüngstes Beispiel dafür sind die den Banken vor wenigen Tagen zur Verfügung gestellten 530 Milliarden Euro. Steuergeld, das durch „Sparpakete“ mit Nulllohnstunden locker gemacht wird und denen zugutekommt, die ungeniert ihre Schäfchen ins Trockene bringen und die Milliarden steuerschonend in Stiftungen und abenteuerlichen Finanzkonstruktionen ablegen. Mittlerweile sehen auch Analytiker und Kommentatoren, die sicher nicht des Klassenkampfes verdächtigt werden können, die Lage ähnlich, etwa Peter Rabl im Kurier vom 3.3.2012, wenn er über die Griechenlandhilfe schreibt: „Dabei war dieser ganze europäische Kraftakt ein arger Etikettenschwindel. Geholfen wurde in Wahrheit nicht ‚den Griechen‘, sondern den Banken und Fonds, die sich über Jahre mit griechischen Staatsanleihen goldene Nasen verdient hatten. Einmal mehr in der globalen Krisenbekämpfung wurden private Risiken und drohende Verluste von den Staaten und damit den Steuerzahlern aufgefangen.“

## Alternativen

Wohlgemerkt, hier soll nicht eine Budgetsanierung schlechtgeschrieben werden, ganz im Gegenteil, entscheidend ist jedoch, woher die Mittel kommen. Die jetzige Spar- und Kürzungspolitik macht aus der Finanzierungskrise letztlich eine tief greifende Wirtschaftskrise. Statt Aufnahmestopps zu verhängen, Sozialausgaben zu reduzieren und Zukunftsinvestitionen zu kappen, braucht es echte Strukturreformen und eine Neuverteilung der Steuerbeitragsleistung, weg von der hohen Besteuerung von Arbeit, hin zu einem stärkeren Beitrag der großen Vermögen. Die Zeiten des großen Wirtschaftswachstums in den wirtschaftlich stark ausgebauten Regionen Europas sind vorbei. Die entscheidende Frage für die Zukunft wird sein, ob es uns gelingt, den großen materiellen Reichtum, den es insgesamt in Österreich und weiten Teilen Europas gibt, gerecht zu verteilen. Die Schuldenreduktion darf nicht einseitig zu Lasten der ArbeitnehmerInnen erfolgen. Maßnahmen wie eine echte Vermögensbesteuerung, Erbschafts- oder Schenkungssteuer mit Freigrenzen, die sicherstellen, dass nicht wieder die Normalbürger zur Kasse gebeten werden, eine Finanztransaktionssteuer und eine Reform der Gruppenbesteuerung, gepaart mit nachhaltigen ökologischen Lenkungseffekten im Steuersystem, sind gefordert, sonst wird dem Geldbeschaffungspaket auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung bald ein weiteres folgen.

Und vielleicht bleibt ja irgendwann, wenn alle hier geforderten Maßnahmen ergriffen worden sind, genug über, um eine sinnvolle Investition in die Zukunft des Landes zu tätigen: den Auf- und Ausbau eines erstklassigen Schulwesens.

*Haymo Sternat (HTL Graz-Gösting)*

# Persönlichkeit stärken!

Engagierte PädagogInnen forderten es schon lange, Stellenanzeigen dokumentierten es deutlich: Gefragt sind bei unseren AbsolventInnen nicht nur Fachkompetenz, sondern unweigerlich damit verbunden und als gleichwertig zu betrachten **Sozialkompetenz, Selbstkompetenz und Methodenkompetenz**. Es war jedoch ein langer Weg, bis diese Forderungen in die Lehrpläne der berufsbildenden Schulen Eingang fanden.

Das Buch „Persönlichkeiten stärken. Initiativen zur Förderung der Selbst- und Sozialkompetenz an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen“ kommt somit gerade zur rechten Zeit. Wurde der Gegenstand Soziales Lernen im Schuljahr 2011/12 doch endlich auch an den Höheren Technischen Lehranstalten eingeführt. Mehrere Jahre nach der Einführung von PBSK (Persönlichkeitsbildung und soziale Kompetenz) an den Handelsschulen und Handelsakademien wird er seit dem Schuljahr 2011/12 in den HTLs in der ersten und zweiten Klasse unter der Bezeichnung SOPK (Sozial- und Personalkompetenz) als einstündige unverbindliche Übung geführt.

Die beiden Herausgeber des Buches, **Johann Gaisbacher** und **Hanns Jörg Pongratz**, haben selbst jahrelang Basisarbeit im Sozialen Lernen an einer technischen Schule geleistet. Sie wissen also genau Bescheid über die unterschiedlichsten Aktivitäten auf diesem Gebiet, spannen aber den Bogen im vorliegenden Buch noch weiter, wie sie dies auch in ihrer konkreten Arbeit von der praktischen Umsetzung bis zur Evaluierung und Studie getan haben.

Das Buch ist in drei Bereiche unterteilt: „Innovative Konzepte an berufsbildenden mittleren Schulen in der Steiermark“, „Gelebte Innovation aus der Schulpraxis“ und „Externe Angebote zur Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenz“. Diesen drei großen Bereichen vorangestellt sind zwei Artikel, die eine gute Einführung in die Thematik geben. **Bettina Greimel-Fuhrmanns** Artikel „Soziale Kompetenz – Begriffserklärung und pädagogisch-didaktische Überlegungen“ präzisiert das oft sehr diffuse Verständnis von Sozialem Lernen und stellt so manch missverständliche Interpretation richtig. **Ruth Mitschka**, die in Österreich wohl als „Bahnbrecherin für Soziales Lernen“ bezeichnet werden kann, blickt in „Schule im Umbruch: Brauchen wir Soziales Lernen!“ auf die Anfangszeit 1984 und den weiteren Weg bis heute zurück. Diejenigen, die sich selbst schon länger mit Sozialem Lernen beschäftigt haben, werden viele Erfahrungen wiedererkennen, schmunzeln und Aha-Erlebnisse haben.

Wer einen guten Überblick über Konzepte und Aktivitäten im berufsbildenden mittleren Schulwesen in der Steiermark bekom-

men möchte, kann sich in sieben sehr unterschiedlichen Berichten informieren.

So geht zum Beispiel aus einem Bericht von **Renate Faschingbauer** über eine in der Steiermark durchgeführte Studie zu Qualifikationserwartungen in der Wirtschaft hervor, dass Fach- und Sozialkompetenz mit 64,86% (sehr wichtig) die gleiche Gewichtung erhalten und Selbstkompetenz mit 72,22% sogar noch höher bewertet wird. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch sehr deutlich, dass all diejenigen, die sich schon lange vor der offiziellen Einführung für Soziales Lernen eingesetzt und es an Schulen etabliert haben, auf dem richtigen Weg und zumindest der bürokratischen Zeit voraus waren. Das Buch ist somit auch eine Würdigung und Wertschätzung dieser Arbeit und einige der WegbereiterInnen kommen in dem Band zu Wort.

Der zweite Teil (des Werkes) bietet einen guten Einblick in unterschiedlichste Konzepte. Peer-Mediation, Buddy-Projekte, der Aufbau von Kriseninterventionsteams und Schulsozialarbeit werden in den einzelnen Artikeln ebenso näher beschrieben wie jüngere Initiativen, z.B. COOL! – das Cooperative Offene Lernen –, die Lernstilanalyse als Basis der Individualisierung und „Glück macht Schule“. Der Bedeutung von Architektur wird der Artikel von **Georg Neuhauser** und **Alfred M. Kapper** gerecht. Einen sehr praxisbezogenen Einblick in das Unterrichtsfach „Soziales Lernen“ liefert **Thomas Eibel** mit konkreten Fallbeispielen.

Viele Angebote sind auch außerhalb der Schule zu finden. Im dritten Teil können sich die LeserInnen über die theaterpädagogischen Angebote von SCHAUSPIEL AKTIV! informieren und mehr über Workshops gegen Gewalt und Rassismus, AIDS-Prävention und Globales Lernen erfahren. So konnte z. B. die Theaterpädagogik in den letzten Jahren in der Steiermark immer stärker Fuß fassen, da die Angebote von SCHAUSPIEL AKTIV! von Beginn an von den Schulen gut angenommen wurden und von der PH Steiermark und dem TAO! auch ein Theaterpädagogiklehrgang für PädagogInnen angeboten wird. **Stefan Egger** geht in seinem Artikel genauer auf die Einsatzmöglichkeiten und positiven Lernerfahrungen ein, die dieser Zugang ermöglicht.

Der sehr umfangreiche Band bietet interessierten LeserInnen nicht nur eine gute Zusammenschau, sondern gibt auch viele Anregungen für die eigene Umsetzung und gehört wohl in jede Schulbibliothek.

*Martha Schweiger (HTL Graz-Gösting)*

